

Protokoll:	Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	44
		TOP:	3
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	24.09.2021		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold, StR Zaiß		
Berichterstattung:	Herr Dr. Görres (AfU)		
Protokollführung:	Herr Haupt / fr		
Betreff:	Anträge Klimaneutralität und -gerechtigkeit in Stuttgart "Jetzt handeln für morgen! Klimaneutralität für Stuttgart!" - Antrag Nr. 256/2021 v. 14.07.2021 (90/GRÜNE) ... (vollständiger Betreff siehe unten)		

Da aus technischen Gründen der Betreff nicht in ganzer Länge im oberen Feld wiedergegeben werden kann, wird er hier vollständig aufgeführt:

Betreff: **Anträge Klimaneutralität und -gerechtigkeit in Stuttgart**
"Jetzt handeln für morgen! Klimaneutralität für Stuttgart!"
- **Antrag Nr. 256/2021 v. 14.07.2021 (90/GRÜNE)**
"Vorziehen des Klimaneutralitätsziels Stuttgarts von 2050 auf 2030!"
- **Antrag Nr. 228/2021 v. 25.06.2021 (SPD)**
"Klimaneutral bis 2035! Doch was braucht es dafür?"
- **Antrag Nr. 278/2021 vom 16.08.2021 (SPD)**
"Klimagerechtigkeit: Wie wirkt sich das Bundesverfassungsgerichtsurteil auf Stuttgart aus?"
- **Antrag Nr. 176/2021 vom 06.05.2021 (SPD)**
"Klimagerechte Energiewende: Fünf Mal so viel regenerative Energien aus Wind, Wasser und (Ab)wärme"
- **Antrag Nr. 219/2021 vom 16.06.2021 (SPD)**
- **mündlicher Bericht -**

Die im Betreff genannten Anträge sowie der Antrag Nr. 300/2021 vom 21.09.2021 der Fraktionsgemeinschaft PULS sind dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papierform angehängt.

Herr Dr. Görres berichtet im Sinne der angehängten Präsentation und geht hierbei auf die vorliegenden Anträge ein.

BM Pätzold schlägt vor, die Fraktionsrunde in der zeitlichen Reihenfolge der eingegangenen Anträge durchzuführen und danach in der üblichen Abfolge fortzufahren. Ebenso äußert er den Vorschlag, in der heutigen Sitzung lediglich eine Debatte zu führen und die Frage der Abstimmung über die Anträge im Ältestenrat abzuklären (z. B. Abstimmung im Gemeinderat). Der Vorsitzende vermutet, dass sich die Fraktionen zunächst intern abstimmen müssen. Gegen diese Vorschläge wird kein Widerspruch geäußert.

Sie wolle auf die üblichen Wahlkampfreden verzichten, betont StRin Schanbacher (SPD), da diese der Debatte nicht gerecht würden. Die Stadträtinnen und Stadträte der Stadt müssten sich der Verantwortung des Klimaschutzes stellen. Ihre Fraktion habe drei der vorliegenden sechs Anträge gestellt, woran deutlich werde, dass sie das Thema seit Monaten umtreibe. Ein Antrag beziehe sich auf das vorliegende Urteil des Bundesverfassungsgerichts, aus dem deutlich hervorgehe, es müsse hinsichtlich der Klimagerechtigkeitsfrage Verantwortung auch für die zukünftigen Generationen übernommen werden. Hierbei sei der Aspekt wichtig, welche Folgen dieses für die Landeshauptstadt Stuttgart (LHS) mit sich bringe. Es bestehe zwar ein auf vier Jahre angesetztes Klimaaktionsprogramm, jedoch sei offen, was in der Zeit danach geschehe. Ein weiterer Antrag betreffe den Ausbau der Erneuerbaren Energien (EE), da andere Städte in diesem Bereich ein Vielfaches mehr unternehmen als die LHS. Die EE stellten einen zentralen Aspekt bei der Erreichung der Wärmewende und der Einsparung von CO₂ dar. Es sei aufgezeigt worden, dass insbesondere im Bereich der Wärme (z. B. Abwärmennutzung des Superrechners im Stadtbezirk Vaihingen) Maßnahmen ergriffen werden müssten. Diese könnten sowohl vom Land als auch von den Stadtwerken Stuttgart (SWS) durchgeführt werden. Hinsichtlich der angesprochenen Flusswärmepumpe sei ihre Fraktion bereit, einen Antrag bezüglich deren Machbarkeit zu stellen. Auch in diesem Bereich müssten die SWS aktiv werden. Zudem sei ein Antrag zur Klimaneutralität gestellt worden, zu der ebenso Maßnahmen ergriffen werden müssten. In dem Antrag sei die dringende Notwendigkeit einer "Wuppertalstudie" für Stuttgart aufgeführt. Herr Dr. Görres weist darauf hin, zu Tagesordnungspunkt (TOP) 1 (NNr. 42) zum Klimabericht 2020 sei die Beauftragung einer externen Studie beschlossen worden. Diese Studie sollte als Ergebnis konkrete Handlungsansätze zu den bislang diskutierten Aspekten aufzeigen. Daher werde keine "Wuppertalstudie" benötigt, sondern eine externe Stelle, die sich wesentlich näher an der Realität und praktischen Umsetzbarkeit orientiere. Es sei keine weitere Studie nötig, die lediglich Luftnummern und denkbare Ansätze liefere, sondern vielmehr eine Studie mit konkreten Maßnahmen für die LHS.

StRin Schanbacher betont, die in den Berichten dargestellten Maßnahmen seien für die Klimaneutralität unzureichend. Richtigerweise sei aufgeführt worden, dass hierzu

1,6 bis 3,8 Mio. Tonnen CO₂ zusätzlich eingespart werden müssten. Derzeit werde nicht erreicht, jährlich 100.000 Tonnen CO₂ im Bereich Verkehr einzusparen. Ein Fazit des Berichts sei die Notwendigkeit des Aufbaus hoher finanzieller Mittel und einer hohen zusätzlichen Anzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Amt für Umweltschutz (AfU). Dort bestehe eine etwa zehnfache Anzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als im gleichen Bereich bei den Stadtwerken Stuttgart (SWS), wobei die Maßnahmen jedoch von den SWS umgesetzt werden müssten. Daher müsse auf diesen Aspekt sowohl bei den SWS als auch bei dem Energieberatungszentrum Stuttgart e. V. (EBZ) ein großer Fokus gelegt werden.

BM Pätzold betont, die Verwaltung handle bereits in zahlreichen Bereichen. Vielmehr stelle sich die Frage, wie noch mehr erreicht werden könne. Er weist die Kritik von StRin Schanbacher zurück, die Verwaltung komme nicht ins Handeln. Erst kürzlich sei vom Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung sowie von der Universität Potsdam eine Untersuchung mit 104 kreisfreien Städten zum Thema Klimaschutz und Klimaanpassung veröffentlicht worden. Die LHS liege beim Klimaschutz auf Rang vier, während beispielsweise München lediglich auf Platz 19 rangiere. Beim Thema Klimaanpassung befinde sich die LHS auf Rang fünf. Falls im Bereich Klimaschutz lediglich Kommunen mit einer Einwohnerzahl von über 500.000 betrachtet würden, liege die Stadt auf Platz 1. Das 200 Mio. Euro umfassende Klimaaktionsprogramm stelle ein deutliches Signal dar. Nun müssten mit den Geldern entsprechende Maßnahmen zügig umgesetzt werden.

StR Rockenbauch betont, die Diskussion über das Ziel der Klimaneutralität werde bereits seit langer Zeit geführt. Seine Fraktion habe im Jahr 2019 einen Antrag zum Klimanotstand in der LHS gestellt, welcher mit der Formulierung des Ziels der Klimaneutralität verbunden gewesen sei. Die ursprünglich für das Jahr 2050 definierte Klimaneutralität müsse deutlich ehrgeiziger formuliert werden. Die dargestellten unterschiedlichen CO₂-Reduktionspfade bis zur Klimaneutralität und das Herunterbrechen auf die einzelnen Sektoren seien sehr begrüßenswert. Allerdings enthalte der Bericht zwar Vorschläge und Beispiele, jedoch keine konkreten Maßnahmen. Aus dem aktuellen Bericht der International Plant Protection Convention (IPPC) gehe deutlich die Notwendigkeit des Handelns für den Klimaschutz hervor. Deutschland habe als Industrieland historisch betrachtet einen großen Anteil zum globalen CO₂-Budget beigetragen. Daher müsse rasch gehandelt werden, was eine Gerechtigkeits- und keine Mathematikfrage darstelle. Falls die Klimaneutralität in Deutschland im Jahr 2032 erreicht werde, trage dies zu einer 50 %igen Wahrscheinlichkeit der Erreichung der Pariser Klimaschutzziele bei. Diese Erkenntnisse würden erst im nächsten Bericht deutlich und es werde sich eine bislang nicht bekannte verheerende Dynamik zeigen. Kein Referent könne im AKU zum jetzigen Zeitpunkt mit 100 %igen Wahrscheinlichkeit vorhersehen, mit welchen konkreten Maßnahmen die Klimaneutralität erreicht werde. Der Stadtrat spricht sich für die Klimaneutralität der LHS im Jahr 2030 aus, von dem ausgehend entsprechende wirksame Klimaschutzmaßnahmen heruntergebrochen werden sollten. Im Mobilitätsbereich werde längst überfällig ein Mobilitätsplan benötigt, was auf Landesebene bereits der Fall sei. Als Ergebnis werde hierin ausgesagt, eine reine Elektrifizierung reiche nicht aus, sondern die Verkehrsbewegungen müssten insgesamt reduziert werden. Es sei u. a. nötig, das private PKW-Aufkommen um 80 % zu verringern. Derart wichtige Themen sollten im Gemeinderat diskutiert und entsprechende Beschlüsse herbeigeführt werden. Unter gewissen Umständen könne laut wissenschaftlichem Beirat für globale Umweltfragen der Bundesregierung die Digitalisierung zu einem Brandbeschleuniger für den Klimawandel werden. StR Rockenbauch schlägt vor, die Auswirkungen von Emissions-

reduzierungen auf die einzelnen Sektoren zu untersuchen. Der Ansatz der territorialen Betrachtung und deren Energieströme sowie der Konsum und die Ernährung fehlten in dem Bericht. Es sei ein wichtiger Aspekt, welcher Ansatz für die Klimaziele herangezogen werden sollten (historisch gewachsenes Bilanzierungsmodell "Territorial und Energie" oder Miteinbeziehung der noch fehlenden Ernährung). Herr Dr. Görres betont hierzu, in dem IPPC-Bericht werde nicht die Menge des noch zur Verfügung stehenden CO₂-Budgets angetastet. Insofern behalte der von ihm aufgezeigte Reduktionspfad seine Richtigkeit. Falls das Ziel der Klimaneutralität beispielsweise auf das Jahr 2040 vorgezogen werde, werde das zur Verfügung stehende CO₂-Budget um 25 % reduziert. Dies passe sehr gut zu den bislang nicht in der Bilanz enthaltenen Aspekten. Dieses Thema werde die Verwaltung prüfen und daraufhin eine Antwort erteilen.

Die Präsentation von Herrn Dr. Görres habe gezeigt, so StR Boy (90/GRÜNE), wie groß die Herausforderung des Umbaus der Energieversorgung in der LHS sei. Die dargestellten Maßnahmen seien in Hinblick auf die Dauer der derzeitigen Infrastrukturprojekte erschreckend. Es sei verwunderlich, dass OB Dr. Nopper in der heutigen Sitzung des AKU nicht präsent sei, da massive Auswirkungen auf die Politik in den nächsten acht Jahren bestünden. Herr Dr. Görres habe zu Recht ausgeführt, das Klimaneutralitätsziel für das Jahr 2050 sei überholt. Schließlich hätten sich nahezu alle Ratsmitglieder zu den Pariser Klimaschutzzielen bekannt. Das Land habe vorgelegt und gemeinsam mit der CDU das Klimaneutralitätsziel für das Jahr 2040 verabschiedet. Seine Fraktion könne sich ebenso aus Sicht der LHS ein ehrgeizigeres Ziel vorstellen und habe hierzu in ihrem Antrag das Jahr 2038 benannt. Dies sei u. a. dadurch begründet, dass der Kohleausstieg von der Bundesregierung bis zum Jahr 2038 definiert worden sei. Der Strommix auf Bundesebene und die Mobilität seien entscheidend. In den letzten vier bis fünf Jahren habe die LHS in diesen Bereichen einen großen Rückschritt erlebt. Der Stadtrat vermutet, dass die Rechnung mit dem 65 %igen Anteil an EE im bundesweiten Strommix für die Zukunft eher noch schlechtere Ergebnisse hervorbringen werden. Er erkundigt sich, mit welchem Strommix die Verwaltung bis zum Jahr 2030 gerechnet habe. Herr Dr. Görres habe über Nahwärmenetze im Bereich der Haushalte referiert. Dieses Thema werde zukünftig eine zentrale Rolle spielen. Ebenso sei dargestellt worden, die finanziellen Mittel und das Personal müssten erhöht werden. Angesichts der anstehenden Haushaltsplanberatungen und der erwähnten 17 vorgesehenen Nahwärmenetze stelle sich die Frage, in welcher Größenordnung dies geschehen solle. Bezüglich der Nahwärmenetze im gewerblichen Bereich müsse nachgeschärft werden. Dabei solle nicht zunächst auf die Wärmeleitplanung gewartet werden, sondern es müssten umgehend Maßnahmen in diesem Bereich getroffen werden. Die Emissionen des Stromverbrauchs der E-Autos seien in der Bilanz zwar abgebildet, deren energetische Vorbelastung allerdings nicht. Je nach Batteriegröße liege das CO₂-Budget bei 3 bis 10 Tonnen je Fahrzeug, was einen hohen Wert darstelle. Dieser sei bislang noch nicht betrachtet worden und müsse zukünftig jedoch miteinbezogen werden. Umfangreiche Infrastrukturprojekte im Bereich des Tiefbaus besäßen einen massiven CO₂-Fußabdruck, was ebenso berücksichtigt werden müsse. Es könne kein Klimaneutralitätsziel für 2035 verabschiedet und gleichzeitig der vierspurige Ausbau der Nord-Süd-Straße beschlossen werden. Vor einem möglichen Beschluss müsse zunächst der konkrete CO₂-Abdruck und die Folgen geprüft werden. Daher sei es wichtig, die Sektoren genau zu betrachten, und in diesen den Treibhausgasemissionspfad zu erforschen, um rasch nachjustieren zu können.

StR Ozasek (PULS) betont, die Vereinbarkeit wirtschaftlicher Entwicklung mit dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen stelle die größte zivilisatorische Aufgabe des

Jahrhunderts dar. Seine Generation bekomme als erste Generation die Folgen von 200 Jahren fossiler Industrialisierung mit voller Wucht zu spüren und sei die letzte Generation, die noch irreparable Schäden abwenden könne. Der Rohstoff- und Energiehunger müsse deutlich reduziert werden und der Raubbau an der Biosphäre dürfe sich in der jetzigen Form nicht fortsetzen. Die Statistiken der Erdüberlastungsgrenzen und der ökologische Rucksack der Lebensweise seien bekannt. Die kulturell verfestigten Muster müssten angegangen werden. Falls nicht innerhalb eines kurzen Handlungshorizonts umgesteuert werde, komme die gesamte Dramatik des Klimawandels zum Vorschein. Das Klimarahmenabkommen von Paris habe einen großen Schritt dargestellt, allerdings sei bei den nationalen Dekarbonisierungspfaden keinerlei Verbindlichkeit vorgegeben worden. Die IPCC-Berichte seien hoch alarmierend: Je feiner die Klimamodelle aufgestellt würden, je stärker werde das Fehlen an entschlossenem Handeln deutlich. In der Region Stuttgart bestünden Prognosen für einige Gemeinden, zukünftig das gleiche Klima wie in der Andenregion zu erhalten. Aus diesen Prognosen gehe hervor, es würden sich Klimazonen mit entsprechender Flora und Fauna entwickeln, welche weltweit bislang noch nicht existierten. Beispielsweise sei bekannt, dass sich der Schwarzwald zu einer großen Weinbauregion entwickeln und der derzeitige Holzbestand in dieser Form dort nicht mehr existieren werde. Es sei bedauerlich, dass die Bundespolitik in den letzten Jahren versagt habe, die richtigen gesetzlichen Weichen zu stellen und nun Gerichte hierüber entscheiden müssten. Das Bundesverfassungsgericht habe interveniert und ein Staatsziel zum Klimaschutz mit der Verpflichtung vorgegeben, die Freiheit zukünftiger Generationen durch konsequentes Handeln im Bereich des Klimaschutzes zu schützen. Werde das Pariser Klimaschutzziel verfehlt, deutlich unter einem Temperaturanstieg von zwei Grad Celsius zu bleiben und möglichst nicht höher als 1,5 Grad Celsius zu liegen, beraube man allen folgenden Generationen deren Freiheit und stürze sie in eine zivilisatorische Krise. Falls das noch verfügbare CO₂-Restbudget für den Transformationspfad gesprengt werde, würden die Kippelemente im Klimasystem aktiviert und verheerende Szenarien eintreten. Ausgehend von dem auf Bundesebene geförderten "Masterplan 100 % Klimaschutz" sei für das Jahr 2050 das Klimaneutralitätsziel für die LHS definiert worden. Bedauerlicherweise sei es zum damaligen Zeitpunkt nicht mehrheitsfähig gewesen, dieses Ziel ambitionierter festzusetzen. Daher sei es positiv, in der heutigen Sitzung über eine grundlegende Korrektur der Klimapolitik der Stadt debattieren zu können. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts habe die Denkblockade erfreulicherweise gelöst, dennoch habe dies Jahre des Nichthandelns gekostet. Der Antrag seiner Fraktion ziele darauf ab, zukünftig das vom Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung formulierte Klimabudget auf die LHS herunterzurechnen sowie, hiervon ausgehend, einen Dekarbonisierungspfad mit verbindlichen Zwischenzielen für Stuttgart zu definieren und dadurch für die Stadt bis zum Jahr 2035 Klimagerechtigkeit zu erreichen. In den vergangenen Monaten seien bereits einige Entscheidungen, wie die strategischen Ziele der SWSG im gebäudebezogenen Bestand, getroffen worden, die diesem Ziel vorweggreifen würden. Die Stadt Hannover habe sich dieses Ziel zwar ebenso verordnet, jedoch festgestellt, dieses mit dem bestehenden Instrumentarium als Kommune nicht erreichen zu können. Vielmehr werde der Bundes- und Landesgesetzgeber benötigt, um das Instrumentarium deutlich zu schärfen. An StR Rockenbauch gewandt betont der Stadtrat, es sei möglich, in einigen Sektoren, wie dem Strombereich, Klimaneutralität bereits im Jahr 2030 zu erreichen. Dennoch müssten alle anderen Sektoren in die Betrachtung miteinbezogen werden. Deren Dekarbonisierung stelle sich deutlich schwieriger dar als der Stromsektor. Insbesondere der Umbau der Infrastruktur im Mobilitätssektor bereite die größten Schwierigkeiten, da dieses eine große Zeitdauer in Anspruch nehme. Im ländlichen Raum entstünden in den Streusiedlungen nach wie vor Einfamilienhaus-Wohngebiete, die lediglich mit dem Be-

sitz eines eigenen Fahrzeugs funktionierten. Angesichts der zum Großteil stromgeführten Wärmewende müsse die Frage gestellt werden, wo dieser Strom herkommen und wie effizient er überführt werden solle, um diese Wärmewende zu gestalten. Das Klimaneutralitätsziel für das Jahr 2030 in der LHS lässt sich nach Auffassung von Stadtrat Ozasek nicht halten, weshalb seine Fraktion dieses Ziel auf das Jahr 2035 gesetzt hat. Dies hänge ebenso damit zusammen, nicht im großen Stil auf Energieimporte zu setzen und damit auf die Externalisierung der Energieerzeugungskosten. Es bestehe keine Zeit für einen die autogerechte Stadt konservierenden Mobilitätsfrieden, den der Oberbürgermeister stets betone. Projekte wie der Ausbau der Nord-Süd-Straße, die Filderauffahrt, der Nord-Ost-Ring oder andere Tunnelbauvorhaben müssten aus dem städtischen Haushalt entfernt werden, da sie nicht mehr geleistet werden könnten. Hinsichtlich der Potenziale der EE könnten über 70 % des Endenergiebedarfs im Stadtgebiet gedeckt werden. Daher habe seine Fraktion in ihrem Antrag zwei Ziele mitaufgenommen: Zum einen müsse angesichts eines realistischen Potenzials von 5.000 Gigawattstunden Energie eine 30 %ige Erzeugung von EE innerhalb des Stadtgebiets erreicht werden. Des Weiteren bestehe in der Region ein immenses Potenzial an Windenergie, obwohl es in einem Schwachwindgebiet liege. Zudem bestünden große Potenziale im Bereich der Wärmeachse mit Freiflächen-PV und Geothermie. Dieses müsse in einer Partnerschaft mit den umliegenden Landkreisen und Kommunen realisiert werden. Die Erdgasheizungen müssten aus den Gebäuden ausgebaut werden, und bei diesem Aspekt müssten die Gewerke und Innungen weiterdenken und die elektrische Wärmepumpe in das Zentrum der Gebäudeklimatisierung stellen, da sie Wärme und Kälte kombinieren könne und damit einen wichtigen Beitrag zur Klimaanpassung in den nächsten Jahrzehnten leiste. Die Region Grüner Wasserstoff sei ausgerufen worden und hierbei solle eine Wasserstoffpipeline entlang des Neckars geschaffen werden. Dieser Wasserstoff solle im Nutzfahrzeugbereich genutzt werden. Die Umrüstung des Heizkraftwerks Münster auf Wasserstoff kritisiert der Stadtrat angesichts des niedrigen Gesamtwirkungsgrads. Die Region werde keine Wasserstoffregion darstellen können, da diese Energieart ineffizient sei und es keinen Sinn mache, die entsprechende Technik zu platzieren. Die Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz zeige, dass bei Nichthandeln gegen den Klimawandel die Schadenskosten enorm stiegen (30 Mrd. Euro Wiederaufbauhilfe des Bundes). Diese Mittel wären besser in einer präventiven Umrüstung der Infrastruktur angelegt, als zu einem später Zeitpunkt Schäden refinanzieren zu müssen.

StR Kotz (CDU) stellt gegenüber StR Ozasek klar, dass bei jeglicher Weiterentwicklung im Bereich der Heizungsanlagen hin zu regenerativen Energien, kombiniert mit hochkomplexen Lüftungsanlagen in deutlich besser isolierten Gebäuden, der Aufwand für die Installation und die Wartung für das Handwerk wesentlich höher ausfalle. Insofern könne er nicht nachvollziehen, aus welchem Grund das Handwerk Vorbehalte gegen diese neuen Technologien haben sollte. Schließlich sicherte diese Umstellung Arbeitsplätze und Aufträge für die Zukunft. Angesichts der im Bericht von Herrn Dr. Görres dargestellten zeitlichen Dimension der Maßnahmen sei dargestellt worden, die Ausbildung im Handwerk müsse attraktiver gestaltet werden, damit weiterhin Azubis gefunden werden könnten. Angesichts deren dreieinhalbjährigen Ausbildung werde deutlich, das Klimaneutralitätsziel könne nicht allein mit den von Herrn Dr. Görres dargestellten Maßnahmen bis zum Jahr 2030 erreicht werden. In diesem Gremium werde oftmals über die Chancengleichheit von Jugendlichen diskutiert, was er vollständig unterstütze. Allerdings bestehe für die wenigsten Jugendlichen die Chance, eine Ausbildung im Handwerk durchzuführen. Vielmehr bestünde bei vielen Jugendliche der Wunsch, ihr Abitur abzuschließen und danach zu studieren, was sich jedoch nicht vorteilig für das Hand-

werk auswirke. In Hinblick auf die von Herrn Dr. Görres aufgezeigten Themen sieht der Stadtrat zwei große Herausforderungen: Zum einen werde sich in den Bereichen, welche die Stadt selber innehatte, bis zum Jahr 2035 und 2040 wenig verändern. Beispielsweise werde eine zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beschlossene neue Stadtbahntrasse vor dem Jahr 2035 nicht in Betrieb gehen. Die dargestellten 17 Nahwärmenetze würden ebenso nicht vor 2035 in der LHS installiert sein. Zum anderen bestehe die Abhängigkeit, die Bürgerschaft bei den Maßnahmen mitzunehmen. Schließlich mache es keinen Sinn, beispielsweise ein Nahwärmenetz bis an die Gebäude zu installieren, wenn anschließend die Eigentümer*innen hieran keinen Anschluss wünschten, da sie kürzlich eine neue Gasheizung beschafft hätten, der alte Ölkessel noch funktioniere oder sie eine Abhängigkeit bei den Energiepreisen befürchteten. Beispielsweise könnten lediglich in wenigen neuen Gebieten wie Schafhaus, Neckarpark, Olga-Areal und Bürgerhospital eine Nahwärmeversorgung angeboten werden. Es stelle sich die Frage, in welchen Gebieten darüber hinaus ein großes Nahwärmepotenzial bestehe. Seit mehreren Jahren werde über ein entsprechendes Wärmenetz im Stadtbezirk Weilimdorf diskutiert, ohne dass hierfür eine einzige Baumaßnahme erfolgt sei. Daher würden zwar viele Scheindebatten geführt, die jedoch zu keinem Erfolg bei der Frage der Energiewende führe. Bezüglich der im Bericht dargestellten unterschiedlichen CO₂-Reduktionspfade stelle sich die Frage, welche finanziellen Zuschüsse beispielsweise für Gebäudesanierungen oder einen LED-Leuchten-Austausch in den anstehenden Haushalt eingestellt werden müssten. Ebenso müssten konkrete Angaben in der entsprechenden Mitteilungsvorlage zu den hierfür notwendigen Investitionen gemacht werden (z. B. für 17 neue Nahwärmenetze). Die wirklich zentralen Angaben hinsichtlich der notwendigen finanziellen Mittel für die Durchführung der Maßnahmen und Projekte habe er bislang vermisst, so StR Kotz. Die Vorstellung, 80 % der Fahrzeuge mit Verbrennermotor bis zum Jahr 2030 auszuschließen, sei eher scherzhaft aufzufassen. Schließlich stellten die Fahrzeuge privates Eigentum dar, welches lediglich über Enteignung beseitigt werden könne. Hinsichtlich der von StR Ozasek erwähnten Kippunkte, betont StR Kotz, es werde dadurch deutlich, es müsse rasch mit hohen finanziellen Mitteln auch außerhalb der Stadtgemarkung u. a. bei der Umrüstung von alten Kraftwerken gehandelt werden. Bei den CO₂-Reduktionspfaden dürfe die LHS nicht schlechter als das Land abschneiden.

Im Prinzip bestehe bei den Aussagen seiner Vorredner kein tatsächlicher Dissens, betont StR Dr. Oechsner (FDP). Allen sei klar, hinsichtlich der CO₂-Reduktion rascher handeln zu müssen. Er kritisiert StR Ozasek wegen seines Beitrags, China stehe für eine positive Klimapolitik. Schließlich mache China etwa 20 % der Weltbevölkerung aus und stoße rund 30 % CO₂-Emissionen aus. Der Stadtrat bezeichne dieses Beispiel daher als grenzwertig, um die Bevölkerung beim Klimaschutz mitzunehmen. Er lobt dagegen die Aussage von Herrn Kohlmeyer beim vorherigen TOP 1 (NNr. 42), das Thema Klimaschutz müsse ideologiefrei und ohne die Freiheit der Menschen zu beschneiden angegangen werden. Glücklicherweise hätten zahlreiche Immobilienbesitzer*innen und Industriezweige, wie einige große Automobilbauer in der Stadt, diesen Weg bereits selber beschritten. Angesichts der vor zwei Jahren vom Gemeinderat für den Klimaschutz bereitgestellten 200 Mio. Euro und der hiervon bislang abgerufenen rund 9 Mio. Euro sei davon auszugehen, dass innerhalb von zwei Jahren 18 bis 40 Mio. Euro abgeschöpft würden. Stets werde das Thema Klimaschutz aufs Neue diskutiert und viel damit Zeit vergeudet, obwohl kein Dissens darin bestehe, in diesem Bereich handeln zu müssen. Wie von StR Zaiß ausgeführt, müsse jeder bei sich im Kleinen hiermit beginnen und die Bürgerschaft miteinbezogen werden. In erster Linie sei dabei das konkrete Zieljahr der Klimaneutralität nicht ausschließlich relevant.

StR Rockenbach betont, mit den jetzigen Maßnahmen werde das Ziel der Klimaneutralität nicht erreicht. Man stehe vor einer derart großen Aufgabe, dass mit den herkömmlichen Methoden, Organisationseinheiten und Haushaltsmitteln sowie der herkömmlichen Infrastruktur, selbst ein 200 Mio. Euro umfassendes Klimaaktionsprogramm vor dem Hintergrund der wissenschaftlichen Erkenntnisse nicht umsetzbar sei. An die StRe Kotz und Dr. Oechsner gewandt betont der Stadtrat, es müssten für die Stadt die besten Experten mit den größten Ambitionen sowie dem größten Invest und der größten Kreativität gewonnen werden. Hierbei müsse geprüft werden, wie die städtische Verwaltung und die SWS aufgestellt werden müssten, und welche externe Unterstützung hierbei nötig sei. Es müsse rasch nicht lediglich in der LHS, sondern ebenso im Verbund mit der Region und Projekten außerhalb Deutschlands gehandelt werden. Eine ideologiefreie Politik gebe es übrigens nicht. Alle klimaschützenden Maßnahmen mit einer CO₂-Reduktion besonders im Verkehrssektor zahlten sich ebenso auf die Lebensqualität in der LHS aus. BM Pätzold betont, generell verfüge die Verwaltung durchaus über Optimismus und Mut beim Handeln für den Klimaschutz. Erst kürzlich sei das Thema Innovationfonds in einem guten Austausch u. a. mit der Wissenschaft aufgelegt worden. Er widerspricht der Aussage von StR Rockenbach, die Stadt verfüge über keine Innovationskraft. Bei einem Besuch der Verwaltung des Elektro Technologie Zentrum (ETZ) vor einer Woche habe man festgestellt, dass sich der Beruf des Elektrikers wesentlich weiterentwickelt habe. Es handle sich mittlerweile um ein sehr attraktives Berufsbild.

Es seien zwar neue kreative Lösungen zur Zielerreichung nötig, so StRin Schanbacher (SPD). Dennoch müsse konkret ausgesagt werden, wie diese Ziele erreicht werden sollten. Der Klimabürger*innenrat setze sich ebenso mit neuen kreativen Lösungen auseinander und werde in dieser Aufgabe überfraktionell unterstützt. Die Stadträtin bekräftigt die Notwendigkeit einer Wuppertalstudie für die Stadt. Die zentralen Fragen, wie auch die Fragen in den unter diesem TOP vorliegenden Anträgen, seien in der Debatte ungeklärt (z. B. Machbarkeitsstudie zur grünen Fernwärme, Einschätzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts, Contracting-Mittel usw.). Um eine klare Diskussion im Gemeinderat führen zu können, werde hierzu eine schriftliche Beantwortung benötigt. Ein Antrag ihrer Fraktion habe beinhaltet, die SWS miteinzuziehen. Sie äußert die Bitte, die SWS aufgrund dieses Antrags zur nächsten Sitzung mit einzuladen, damit sie das Potenzial im Bereich Wärme, Wasser und Wind aufzeigen könnten. Dem Wunsch nach einer schriftlichen Beantwortung der Anträge könne die Verwaltung zwar gerne nachkommen, halte sie jedoch von der Beantwortung anderer Anträge ab, so BM Pätzold. Zudem sind nach Auffassung des Vorsitzenden die Antworten bereits erteilt worden. Hinsichtlich des Themas "Intracting" werde noch eine Beantwortung erfolgen. Zum Aspekt der Fernwärme sei in der letzten Sitzung des AKU bereits berichtet worden. Zur Frage bezüglich des Urteils des Bundesverfassungsgerichts, betont BM Pätzold, dieses stelle ein Urteil zum Klimaschutzgesetz 2019 dar und sei ein Ansporn, mehr Aktivitäten zum Klimaschutz durchzuführen. Das Urteil habe kritisiert, dass die Maßnahmen des Gesetzes zwar bis zum Jahr 2030 angemessen seien, danach jedoch unzureichend seien. Die Verwaltung werde hierzu eine kurze Beantwortung liefern. Dennoch stelle sich die Frage, ob es nicht vorteilhafter sei, gezielt in die Umsetzung von Maßnahmen zu kommen, als sich mit bereits abgearbeiteten Dingen zu beschäftigen.

StR Zaiß (FW) kritisiert, in der gesamten Debatte seien von einigen Fraktionen lediglich Verbote geäußert worden. Es stelle sich die Frage, wer diese Verbote durchsetzen solle. Insbesondere die Äußerungen der Stadträte Rockenbach und Ozasek kritisiert der Stadtrat vehement.

Es werde nicht über Verbote diskutiert, widerspricht StR Boy, sondern vielmehr über Maßnahmen und Investitionen in die Infrastruktur. Hinsichtlich der angesprochenen Wuppertalstudie merkt der Stadtrat an, es könne nicht davon ausgegangen werden, bereits zum jetzigen Zeitpunkt über jegliche Lösungen zur Klimaneutralität zu verfügen. Die Wuppertalstudie sage aus, in gewissen Sektoren werde der technische Fortschritt benötigt. Er bekräftigt seine Bitte, die bestehenden Vorschläge mit finanziellen Mitteln und Personal zu hinterlegen.

StR Ozasek betont, ein falsches Handeln müsse umgehend beendet werden und dürfe nicht effizienter gestaltet werden. Jeder Einzelne könne damit im Kleinen anfangen. Die SPD-Fraktion solle angesichts ihres Ziels der Klimaneutralität im Jahr 2035 eine klarere Position einnehmen. Bezüglich des seiner Auffassung nach pervertierten Freiheitsbegriffs betont der Stadtrat, das Bundesverfassungsgericht habe klar gerügt: "Die Freiheit, Klimaschäden an kommende Generationen auszulagern, ist nicht zulässig. Um die Freiheit kommender Generationen zu schützen, müssen die Freiheiten, genau dieses zu tun, der heutigen Generation eingeschränkt werden." Mit diesem neuen Freiheitsbegriff sollten sich einige Gemeinderätinnen und Gemeinderäte auseinandersetzen, statt bösartige Aussagen zu tätigen, so StR Ozasek.

Für ihn sei es irritierend, dass die SWS laut der gezeigten Präsentation eine zu geringe Rolle spielten, betont StR Körner. In Bezug auf die Wärmenetze sollten diese zwar eine gewisse Bedeutung erhalten, was jedoch nicht ausreichend sei. Falls die SWS in Erzeugungsanlagen für EE investierten, sei dies positiv für die LHS und deren CO₂-Bilanz zu bewerten. Sollten die SWS hierbei keine Investitionen tätigen dürfen, wären sie nahezu überflüssig. Im Rahmen der Debatte müssten die Aufgaben der SWS sowie die Finanzierungsfragen behandelt werden. Zudem sollten die SWS Erträge erwirtschaften, da die für den Klimaschutz wichtigen SSB finanziert werden müssten. Hierzu müssten ertragreiche Investitionen auf den Weg gebracht werden, was durchaus möglich sei. Die Stadt müsse an der ein oder anderen Stelle aus ihrem Haushalt Unterstützung bieten. Insgesamt müsse die Stuttgarter Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (SVV) mit den SSB und den SWS betrachtet werden. Ein Invest in den Klimaschutz sei positiv und zahle sich aus, und dies gelte ebenso für die SWS. Bei den SVV seien städtische Finanzierungsmittel in Höhe von 400 Mio. Euro angelegt. StR Körner kritisiert, u. a. werde bei diesen Anlagen der französische Staat finanziert, da französische Staatsanleihen gekauft würden sowie in Aktien von globalen Unternehmen investiert werde. Dieses Vorgehen stelle keine städtische Aufgabe dar. Vielmehr müssten die Gelder in den nächsten zehn Jahren Schritt für Schritt umgeschichtet werden, um hiermit Investitionen in EE zu finanzieren und Erträge zu erwirtschaften, mit denen die SSB unterstützt werden könne. Die SSB müssten überzeugt werden, dass dieses ein sinnvoller Weg sei und hierzu müsse ebenso die Arbeitnehmervertreter*innen miteingebunden werden. Die Strategiedebatte über die SWS werde im Oktober eröffnet und - wie BM Fuhrmann ihm mitgeteilt habe - im 1. Quartal 2022 abgeschlossen werden.

Die SWS seien auf dem Weg, ein wichtiger Player bei Klimaschutz zu werden, betont BM Pätzold. Erst kürzlich sei hierzu eine Veranstaltung mit Unternehmen durchgeführt worden und die SWS arbeiteten eng mit den SWSG zusammen. Die Verwaltung führe regelmäßige Gespräche mit den SWS, und die SWS stelle einen natürlichen Partner der Stadt dar, um entsprechende Maßnahmen, u. a. im Bereich von PV-Anlagen auf privaten Gebäuden und den Dächern von Unternehmen, umzusetzen. Der Aspekt der Gelder

der SVV müsse dort intern angesprochen werden. Diese finanziellen Mittel könnten nicht einfach ausgegeben werden, da sie fest angelegt seien.

BM Pätzold schlägt vor, im Ältestenrat abzuklären, wann diese unter diesem Tagesordnungspunkt diskutierten Themen im Gemeinderat aufgerufen werden sollen. Hierzu wird kein Widerspruch geäußert.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen stellt BM Pätzold Kenntnisnahme des Berichts durch den Ausschuss für Klima und Umwelt fest.

Zur Beurkundung

Haupt / fr

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
Klimaschutz
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
SWS
SWSG
 4. Rechnungsprüfungsamt
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktionsgemeinschaft PULS
 7. Fraktion FW
 8. AfD-Fraktion